Beantwortung der Anfragen zu TOP 3.3 und TOP 7 zu der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 17.01.2013

Wortlaut der Anfragen:

1. Herr Dr. Schulz fragt,
 - ob dauerhaft noch Mitarbeiter/innen des Jobcenters bei dem Dienstleister Vivento beschäftigt seien und wie dann die Vertragsgestaltung aussehe,
 - ob Mitarbeiter/innen mit befristeten Arbeitsverträgen übernommen würden,
 - ob es Mitarbeiter/innen gebe, die in Teilzeit arbeiten und aufstockende Leistungen erhalten würden.
2. Herr Klein fragt, wie hoch die Quote bei Anhörungen nach § 24 und die Sanktionsquote seien.
3. Frau Stahlhofen äußert sich zufrieden über die vorliegende Beantwortung. Sie fragt, wie hoch die verhängten Sanktionen (es gibt die Staffelung von 10-100% zu kürzen) waren und bittet um detaillierte Aufstellung in den jeweiligen %-Staffeln der Kürzungsmöglichkeiten und der Länge des Sanktions-Zeitraums. Zusätzlich würde sie gerne wissen, wie viele Widersprüche mit welcher Erfolgsquote dazu eingelegt wurden.
4. Herr Klein fragt, ob bei Widersprüchen immer eine Anhörung durchgeführt werde.
5. Frau Gärtner fragt, ob das Jobcenter flankierende Hilfen für größere Familien (z.B. Kinderbetreuung) anbiete.
6. Herr Kersjes fragt, wie hoch der EGT für 2013 ist.
7. Frau Stahlhofen fragt, wie mit den Mitarbeitern/innen der Kindergeldstellen (inkl. Abt. Kinder- und Familienzuschläge), die bisher eine Planstelle hatten und durch die Zusammenlegung (Umland Köln wird seit dem 01.01.2013 von Köln verwaltet) auf N.N. gesetzt wurden, verfahren werde.

Antwort des Jobcenters Köln:

Zu 1.: Aktuell sind 17 Vivento-Kräfte über eine Amtshilfevereinbarung im Jobcenter Köln beschäftigt. Es handelt sich dabei ausnahmslos um Beamtinnen und Beamte der deutschen Telekom. Die Vertragsgestaltung zwischen BA und dem Drittdienstleister Vivento sieht einen Abordnungs-/Zuweisungszeitraum bis vorerst 31.12.2015 vor. Zuletzt wurde im Jahr 2010 allen Mitarbeitenden von Vivento eine unbefristete Übernahme beim Träger Bundesagentur für Arbeit angeboten. Erfahrungsgemäß nehmen nur wenige Viventokräfte dieses Angebot der BA an. Obwohl finanziell keine Nachteile entstehen, bedeutet die Anwendung des Bundesbeamtengesetz und der Bewertungskatalog der Bundesagentur für Arbeit eine statusrechtliche Schlechterstellung. Z.B. würden Mitarbeiter/innen in der A8 BBO nach den Vorgaben der BA in die A7 BBO rückernannt.
In Einzelfällen sind weiterhin Dienstherrwechsel zur BA möglich. Aufgrund des Statusverlustes lehnen bislang alle Viventokräfte im Jobcenter Köln dieses Angebot ab.

Aktuell sind im Jobcenter Köln 281 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter befristet beschäftigt. Von Seiten der Geschäftsführung des Jobcenters Köln ist gewünscht, die befristeten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei entsprechender Eignung in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis zu übernehmen. Dies ist jedoch nur möglich, wenn die Träger des Jobcenters entsprechende Planstellen zur Verfügung stellen.

In 2012 wurden auf Seiten der Stadt Köln 20 städtische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis und zwei befristet Beschäftigte vorzeitig in das Beamtenverhältnis auf Probe übernommen. Seitens der Bundesagentur für Arbeit wurden in 2012 insgesamt 30 befristete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Jobcenter Köln entfristet (20 Beschäftigte der AA und 10 der Stadt Köln).

Aktuell gibt es im Jobcenter Köln unter der Mitarbeiterschaft eine Teilzeitkraft (0,77 VZK), die gleichzeitig aufstockende Leistungen bezieht.

Zu 2. und 3.: Die Fragen können nur teilweise anhand von Statistikwerten durch das Jobcenter Köln beantwortet werden, da nur bedingt Daten zur Auswertung zur Verfügung stehen. Von 1.450 Widersprüchen im Bestand sind 61 Widersprüche mit Sanktionshintergrund gestellt worden.

Allgemein verfährt das Jobcenter Köln aber wie folgt mit Sanktionen:

Im Falle einer Sanktionsandrohung ist dem Leistungsberechtigten im Rahmen der Aufklärung des Sachverhalts zum Vorwurf der Pflichtverletzung und eventuell vorliegenden wichtigen Gründen für sein Verhalten Gelegenheit zu geben, sich zu äußern.

Das Verfahren ist vollständig in den fachlichen Hinweisen der Bundesagentur für Arbeit und zu §§ 31 - 32 des Sozialgesetzbuches Zwei (SGB II) geregelt. § 31a unterscheidet nach ersten, ersten wiederholten und weiteren wiederholten Pflichtverletzungen, die Rechtsfolgen sind danach abgestuft geregelt. Die Meldeversäumnisse sind separat in § 32 geregelt.

Die Leistungsminderung bei Pflichtverletzungen nach § 31 SGB II beläuft sich bei Leistungsberechtigten ab 25 Jahren auf 30% des nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs bei einer ersten Pflichtverletzung, auf 60% des nach § 20 maßgebenden Regelbedarfs bei der ersten wiederholten Pflichtverletzung und jede

weitere wiederholte Pflichtverletzung bewirkt schließlich den Wegfall der Leistungen nach dem SGB II.

Leistungsberechtigte unter 25 Jahren sind bei einer ersten Pflichtverletzung durch die Beschränkung auf Bedarfe für Unterkunft und Heizung und bei der ersten und jeder weiteren wiederholten Pflichtverletzung durch den Wegfall des Arbeitslosengeldes II betroffen.

Die Leistungsminderung bei Meldeversäumnissen nach § 32 Abs. 1 SGB II beträgt für alle Leistungsberechtigten bei jedem Meldeversäumnis jeweils 10% des nach § 20 SGB II maßgebenden Regelbedarfs.

Die Sanktionen dauern grundsätzlich drei Monate. Bei Leistungsberechtigten unter 25 Jahren ist eine Verkürzung auf 6 Wochen möglich.

Um zeitnah eine Entscheidung bezüglich ergänzender Sachleistungen oder geldwerter Leistungen als Zuschuss treffen zu können, ist der erwerbsfähige Leistungsberechtigte bereits in der Anhörung zur Sanktion auf die Möglichkeit der Gewährung ergänzender Sachleistungen hinzuweisen. Dem Leistungsberechtigten ist auch zu verdeutlichen, dass Sachleistungen nur gewährt werden, wenn er diese beantragt.

Bei einer Minderung um mehr als 30 Prozent des Regelbedarfs kann das Jobcenter auf Antrag im Rahmen einer Ermessensentscheidung in angemessenem Umfang ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen als Zuschuss erbringen, insbesondere in Form von Lebensmittelgutscheinen. Das Jobcenter hat in angemessenem Umfang ergänzende Sachleistungen oder geldwerte Leistungen zu erbringen, wenn Leistungsberechtigte mit minderjährigen Kindern in einem Haushalt leben.

Die zu erbringenden Sachleistungen beziehen sich auf den Teil des Arbeitslosengeldes II, der über 30 Prozent der Minderung hinaus geht. Sachleistungen sind insbesondere in Form von Lebensmittelgutscheinen zu erbringen, deren Höhe aus den für Ernährung, für Gesundheitspflege und für Hygiene und Körperpflege vorgesehenen Anteilen des Regelbedarfs abgeleitet werden kann.

Die fachlichen Hinweise sind für die Jobcenter verbindlich. Im Rahmen von Teambesprechungen werden die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Jobcenters Köln regelmäßig zu diesem Thema sensibilisiert.

Zu 4.:

Die/Der Betroffene soll durch die Anhörung nach § 24 SGB X Kenntnis von den für einen geplanten belastenden Verwaltungsakt rechtserheblichen Tatsachen als auch die Äußerungsmöglichkeit hierzu erhalten. Die Anhörung ist eine Maßnahme, die der Grundentscheidung vorgeschaltet ist. Eine „Anhörung“ (Nachfrage) erfolgt im Zusammenhang mit Widersprüchen nur dann, wenn der Sachverhalt weiterer Aufklärung bedarf.

Die Statistik zum Widerspruchs- und Klageverfahren wird für den Monat Dezember als Anlage zur Verfügung gestellt. Im Bestand sind 1.450 Widersprüche. Im Dezember wurden 953 Widersprüche eingelegt. Das Jobcenter hat insgesamt 958 Widersprüche abschließend bearbeitet. Dies entspricht einer Bearbeitungszeit von 2,0 Monaten. Die gesetzliche Vorgabe der Bearbeitungszeit beträgt 3 Monate.

Zu 5.: Das Jobcenter Köln bietet hier zwei Projekte an. Zum einen das Projekt „He-Rhein“, welches im Rahmen von Lands-ESF Mitteln gefördert wird. Aktuell werden 43 große Bedarfsgemeinschaften betreut. Zum anderen gibt es das Projekt „Aktivierung von Familienpotential“, das am 14.01.2013 gestartet ist. Dieses Projekt wurde bereits in ähnlicher Form durch kommunale Eingliederungsleistungen gefördert, von daher kann auf Erfahrungswerte zurückgegriffen werden. Die Familie wird als Einheit betrachtet, ihre Probleme erkannt, ihre Ressourcen aktiviert und Lösungsschritte unter Einbeziehung aller Familienmitglieder und der Netzwerkpartner entwickelt. Aktuell werden sechs Bedarfsgemeinschaften betreut.

Zu 6.: Im Vergleich zum Vorjahr stehen dem Jobcenter Köln 14% weniger Mittel im Eingliederungstitel zur Verfügung. Das sind rund 50. Mio Euro. Verglichen mit 2011 sind es sogar ca. 32% weniger an verfügbaren Mitteln.

zu 7.: Die Anfrage wurde an die Agentur für Arbeit Köln weitergeleitet.
Die Antwort lautet wie folgt:

Durch die organisatorische Neuordnung im Bereich der Familienkassen ändert sich für die Kunden nichts. Für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ändert sich die Zuständigkeit der Betreuung für 9 Familienkassen der Region auf den Internen Service Köln der Agentur für Arbeit Köln. Veränderungen in der Personalkapazität aller Familienkasse sind nicht beabsichtigt.

Gez.

Kulozik